

Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten: politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf

Jungk, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jungk, S. (2001). Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten: politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Migration und ethnische Minderheiten 2001/1, 7-15. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206034>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf

Sabine Jungk

Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen

Selbstorganisationen von Bürgerinnen und Bürgern, die die Sozialen Bewegungen als Aktionsform „von unten“ hervorbrachten, wurden lange kritisch betrachtet vom politischen Establishment und hielten selbst Distanz zum Staat. In jüngster Zeit scheint sich die Wahrnehmung dieser Bürgergruppen in Staat und Gesellschaft zu verändern. „Freiwillige vor! Der Gemeinsinn wächst“, titelte die Wochenzeitung „Die Zeit“ im Frühjahr 2000 (16.3.00) und fuhr fort: „Soziale Fantasie entdeckt, wer sich in Deutschland umtut. Sie wird die Politik und die hergebrachten Institutionen zu Reformen zwingen.“ Das Thema Bürgerengagement hat Konjunktur, aktuell begleitet vom „Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001“, ausgerufen von den Vereinten Nationen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es mit Aktivitäten vor allem des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) protegiert. „Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft und ein Stück gelebter Demokratie“, begründet Ministerin Christine Bergmann die Kampagne zugunsten der Freiwilligenarbeit, des „Sozialkapitals unserer Gesellschaft“.

Man muss in dieser Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements nicht unbedingt einen Siegeszug des Habermas'schen Modells der Gesprächsdemokratie sehen, das im diskursiven Geflecht von selbstorganisierten Öffentlichkeiten und Staat den eigentlichen Ort des Politischen ausmacht. Denn auch in neoliberalen Diskussionen um den „schlanken Staat“ wurde die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bürgerengagement, Ehrenamt und Selbsthilfestrukturen entdeckt. In dieser ökonomisch begründeten Perspektive lässt sich die finanzielle Förderung von Selbstorganisationen als durchaus effektives Mittel zur Steuerung und Bearbeitung bestimmter gesellschaftlicher Probleme angeraten sein. Dennoch kann die politisch-partizipative Wirkung solcher Programme nicht geleugnet werden. Teilweise ist sie sogar explizite Intention. So wurden mit ausdrücklichem Hinweis auf das gesellschaftspolitische Anliegen von Selbsthilfeprojekten bzw. Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten Förderprogramme für diese Gruppen durch rot-grüne Regierungsbündnisse im Berliner Senat 1990¹ und in Nordrhein-Westfalen 1996 und 2000² verabschiedet.

Gerade für Migrantenselbstorganisationen kann dieser politische Paradigmenwechsel neue Optionen eröffnen, die über die materielle Dimension hinaus Wertschätzung der seit mehr als vier Jahrzehnten geleisteten Arbeit signalisieren und viel grundsätzlicher eine neue Politik der Anerkennung einleiten

1 Senatsbeschluss Nr. 1311/90 vom 21.08.1990, geändert bzw. ergänzt durch Senatsbeschluss Nr. 926/91 vom 22.10.1991 „Das Berliner Programm zur Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeprojekten“. In diesem Beschluss werden Selbsthilfeprojekte in Abgrenzung zu „klassischen Gesprächsgruppen“ durch ihre „Dienstleistungsfunktion für andere“ definiert.

2 RdErl. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 27.03.1997 – II C 6 – 5392 -: „Das Land gewährt ... Zuwendungen für Projekte von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten sowohl mit multikultureller als auch mit ethnischer Ausrichtung mit den Schwerpunkten politische Interessenvertretung, soziale Selbsthilfe, Kulturarbeit.“ Dieses Förderprogramm war zunächst auf die im Mai 2000 auslaufende Legislaturperiode begrenzt und ist mit Beginn der neuen Legislaturperiode als Richtlinie für die Jahre 2001-2006 erweitert worden.

können. Denn stärker noch als anderen Initiativgruppen und Vereinen wurde Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in der Vergangenheit mit Misstrauen begegnet. War es in den 1960er und 1970er Jahren der Kommunismusverdacht, dem organisierte „Gastarbeiter“ ausgesetzt waren – in der immer noch lesenswerten Studie von Ernst Klee (1972) über „Gastarbeiter“ findet sich dazu eine Reihe von Belegen –, so war es später die Angst vor nationalistisch-rechtsextremen Organisationen wie den „Grauen Wölfen“ und aktuell vor religiösem Fundamentalismus, die Migrantenvereine suspekt erscheinen lassen. Und die schon im frühen 20. Jahrhundert begründete spezifisch deutsche Tradition, Vereine von Einwanderern auf Grund religiöser und obrigkeitsstaatlicher Kontrollbedürfnisse den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden anzugliedern – eine Tradition, die in Form des paternalistischen Betreuungsmonopols durch die Wohlfahrtsverbände in den 1950er und –60er Jahren weiter geführt wurde (Puskeppeleit/Thränhardt 1990) – machte es Migrantinnen und Migranten schwer, eigenständige Selbstorganisationen zu gründen und zu verteidigen. Dennoch kam es in den 1970er Jahren zu verstärkten Neugründungen von Eigenorganisationen, die die bis dahin vorherrschende Vereinnahmung von Migrantinnen und Migranten durch deutsche Institutionen oder solche der Herkunftsländer beenden und eine eigenständige Interessenvertretung wahrnehmen sollten.

Die heutige Situation ist von hoher Pluralität der Migrantenselbstorganisationen gekennzeichnet; die Zielsetzungen der Vereine sind vielfältig, ihre Aktivitäten meist multifunktional. Allein in NRW wurden in einer neuen Studie mehr als 2.200 Organisationen ermittelt (MASSKS 1999), wobei ca. 30% dieser Organisationen Moscheevereine oder reine Sportvereine repräsentieren. Von der Zusammensetzung ihrer Mitglieder lassen sich herkunftshomogene und herkunftsheterogene Organisationen unterscheiden, wobei unter die letzteren auch ein in den 1970er Jahren entstandener neuer Vereinstypus, meist auf deutsche Initiative zurückgehende Gruppen in der „Ausländerarbeit“ zu fassen ist, sofern in ihnen Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt partizipieren. Die Vereinstypologisierung von Fijalkowski und Gillmeister (1997, S. 109 f.) entlang „ethnosolidarischer“, „ethnotraditionaler“, „ethnoprivater“, „exil- oder diasporapolitisch orientierter“ und „ethnopolitischer“ Mobilisierungen lässt sich auch in der gerade erwähnten Untersuchung wiederfinden: Vereinsschwerpunkte liegen demnach im Bereich der Selbsthilfe in verschiedenen Lebenslagen, der Pflege kultureller und religiöser Eigenarten, der gruppeninternen Freizeitgestaltung, der herkunftslandorientierten Parteinahme und der Interessenvertretung gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Das Selbstverständnis von Migrantenselbstorganisationen lässt sich als Empowerment kennzeichnen, es zielt auf die „Gewinnung von Kontrolle und die Ermöglichung der Gestaltung der eigenen Lebensumstände“ (MASSKS 1999, S. 19).

Mein Interesse gilt der zivilgesellschaftlichen Bedeutung von Migrantenselbstorganisationen, ihrem Stellenwert in einem demokratischen Konzept, das jenseits von Staat und Markt – weil unabhängig von etablierten politischen und bürokratischen Instanzen und dennoch am, wenngleich notwendig partikularen, Gemeinwohl orientiert – auf dezentrale Bürgerpolitik setzt. In zivilgesellschaftlicher Perspektive formieren sich politischer Wille und Einflussnahme nicht nur in den traditionellen Wahlen, in denen Migrantinnen und Migranten (noch) kaum als relevante Gruppe repräsentiert sind³. Da-

3 Ohne Zweifel stellt das Wahlrecht eines der entscheidendsten Instrumente der Partizipation im politischen Leben und für die politische Willensbildung dar. Dies aber wird nicht-deutschen Bürgern verweigert – lediglich EU-Migranten verfügen über das kommunale Wahlrecht nach den Maastrichter Verträgen – so dass de facto eine politische Zwei-Klassen-Gesellschaft der Migrantinnen und Migranten existiert: zwei Drittel können weder auf kommunaler noch auf nationaler Ebene im Rahmen allgemeiner Wahlen mitbestimmen. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht wird die Gewichte verschieben – in welchem Ausmaß, ist derzeit schwer zu bestimmen.

neben treten vielfältige andere Formen der Gestaltung von Gesellschaft. Im freiwilligen Zusammenschluss von Personen und Gruppen, die bestimmte gemeinsame Ziele verfolgen, entstehen solidarische Formen der „gesellschaftlichen Bearbeitung sozialer Probleme“ (MASSKS 1999, S. 19). Sie überführen individuelle und gruppenspezifische Problemwahrnehmungen in Mobilisierung: Es sind „Mikro-Kontexte, zumeist soziale Netzwerke, die eine Bewegung entstehen lassen. In ihnen wird die individuelle Unzufriedenheit aufgenommen und bearbeitet“ (Friedrichs 1994, S. 266). Ich halte Migrantenselbstorganisationen für solche „Mikro-Kontexte“, also für eine *potenzielle* organisatorische Basis kollektiver Interessenfindung, Problemartikulation, Willensbildung und gezielter Einflussnahme. Dies gilt natürlich in erster Linie für explizit ethnopolitisch orientierte Organisationen, die, wie zuvor definiert, auf Interessensvertretung gegenüber der Aufnahmegesellschaft gerichtet sind. Aber auch vopolitische soziale Selbsthilfe, wie im Bereich der Sozialberatung oder der Förderung von Schulkindern, kann über Individual-Unterstützung zu (sozial-)politischen Interventionen führen und selbst ethnisch organisierte Sportvereine können (sport-)politisch agieren. In die öffentliche Sphäre von kommunalen oder überregionalen Fachinstitutionen, politischen Instanzen und Medien gebracht, werden kollektive Ansprüche Partei bei der Aushandlung sozialer und ökonomischer Interessen und politisch-normativer Bewertungen, die politische Umorientierungen stimulieren.

Nach bald 50 Jahren „neuer“ Einwanderung wissen wir allerdings wenig darüber, ob und in welchem Ausmaß es Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten gelingt, ihre Stimme in lokale oder überregionale Öffentlichkeiten einzubringen. Das erfolgreiche Wirken der spanischen Elternverbände, das zu unter Migrantenkindern überdurchschnittlichen Schulabschlüssen geführt hat, ist in Fachkreisen bekannt. Darüber hinaus gibt es wenig Anhaltspunkte. Migrantenselbstorganisationen gehören nicht zu den bevorzugten Forschungsgegenständen in der bundesdeutschen Wissenschaft. Und die vorliegenden Untersuchungen der letzten zwanzig Jahre leiden überwiegend unter einer markanten Verengung: Die vorzugsweise eingenommene Perspektive ist eine integrationistische Fragestellung. Ob Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten eher zur Integration oder Separation beitragen war der zentrale Disput in der zu einiger Berühmtheit gelangten sogenannten Elwert-Esser-Debatte der 1980er Jahre – in der Georg Elwert (1982) die These der Integration durch Binnenintegration aufstellte und Hartmut Esser (1986) die Gefahren von Selbstethnisierung und Mobilitätseinschränkungen entgegenhielt. Bei allem mikrosoziologischen und theoretischen Zugewinn dominiert nach wie vor diese polarisierende Fragestellung die wissenschaftliche Diskussion, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass es sich um Auftragsforschungen, z.B. im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Förderprogrammen für Selbstorganisationen handelt, in denen das Integrationsinteresse des Staates die Ausgangsfrage bestimmt. In diesem Sinne zu lesen sind die im Auftrag des Berliner Senats erstellte Studie von Fijalkowski und Gillmeister (1997) ebenso wie die für das nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium gefertigte Untersuchung (MASSKS 1999) und, ähnlich, eine Forschungsarbeit im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Diehl, Urban und Esser (1998).

Politik und wissenschaftlicher mainstream, so meine These, sind in einem Dualismus befangen, der eine erkenntnisfördernde, Theorie und Praxis neu belebende Perspektive verstellt. Eine solche könnte der Blick auf Migrantenselbstorganisationen als zivilgesellschaftlicher Faktor sein; sie wären dann als Interessengruppen zu verstehen, die soziale Probleme und Herausforderungen bearbeiten, die sich durch ethnisch-kulturelle Pluralität ergeben. Auch wenn Wissenschaftler zu einer positiven Bestimmung von Selbstorganisationen kommen, erfasst ihr Untersuchungsdesign nur rudimentär konkrete Interventionserfolge organisierter Migrantinnen und Migranten. Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die elaborierte theoretische Fassung von Problemen der Selbstethnisierung wenig

Entsprechung auf der empirischen Ebene, vor allem im Bereich der Vereinsforschung hat. Zu erheblichen Unschärfen hinsichtlich der Bedeutung von Migrantenvereinen für die gesellschaftliche und politische Partizipation führt außerdem die Kontextualisierung von Selbstorganisation(en) in Konzepte der ethnischen Koloniebildung. Dazu einige Schlaglichter: In Heckmanns Überlegungen zu „Ethnische Kolonien – Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung?“ (Heckmann 1998) geraten Vereine und politische Organisationen zwar explizit in den Blick, werden dann aber nicht gesondert von anderen Aspekten der Kolonie gewürdigt, so dass auch sie unter das Fazit subsummiert werden: „Besonders bei relativer Vollständigkeit der ethnischen Organisation besteht die Gefahr einer ethnischen Selbstgenügsamkeit, die ein für das Aufbrechen ethnischer Schichtung und für soziale Mobilität notwendiges Aufnehmen außerethnischer Kontakte (...) behindert“ (Heckmann 1998, S. 40). Aus dieser Sicht folgerichtig empfiehlt Heckmann „Akkulturationsstrategien statt Minderheitenförderung“, eine Strategie, in der kein Platz mehr bleibt für differenziertere Betrachtungen zivilgesellschaftlicher Potenziale von Migrantenselbstorganisationen: Selbstorganisationen erscheinen als Irrweg und lediglich zweite Wahl, geboren aus der Not, keinen adäquaten Zugang zu Organisationen der Mehrheitsgesellschaft zu erlangen.

Eine eher separatistische Wirkung von Migrantenselbstorganisationen unterstellt auch die Studie von Diehl, Urbahn und Esser (1998). Sie beruht auf einer quantitativen Sekundäranalyse von Partizipationsmustern in herkunftslandorientierten⁴ und aufnahmelandorientierten Organisationen. Dabei stützen die empirischen Ergebnisse ihre These kaum oder sind zumindest höchst ambivalent. Die AutorInnen müssen konzedieren, dass keine genügend präzisen Daten zur Verfügung stehen und ihre Ergebnisse deshalb nur „vorläufig“ seien: „Inwieweit die Hinwendung zum Herkunftsland zwangsläufig mit der Integration in andere Lebensbereiche konfligiert, ist bislang schwer zu beantworten“ (Diehl/Urbahn/Esser 1998, S. 55). Ausgeprägte *soziale* Distanz zu Deutschen ließe sich bei Besuchern religiöser Vereine nachweisen, „hinsichtlich der anderen von uns betrachteten Assimilationsbereiche – der kognitiven und der identifikativen Assimilation – ließ sich anhand unserer Berechnungen kein negativer Zusammenhang zwischen herkunftslandorientierter Partizipation und dem Assimilationsgrad finden. Ebenso wie Mitglieder der aufnahmelandorientierten Gewerkschaften fühlen sich auch die Besucher religiöser Veranstaltungen etwas mehr als Deutsche und sprechen besser deutsch als die Nichtbesucher“ (ebd., S. 55/56), lautet der zum Schluss ausgeführte Befund.

Fehlende empirische Nachweise hinsichtlich segregativer Wirkungen von Selbstorganisationen kompensieren die AutorInnen über weite Strecken mit allgemeinen migrationstheoretischen Erörterungen, insbesondere im Rahmen des Kolonie-Konzepts. So fällt das Abwägen von besonderen Chancen der Partizipation in Selbst- oder Aufnahmeland-Organisationen, z.B. „Gewerkschaften“ oder „Bürgerrechtsgruppen“, zu Gunsten des letzteren Organisationstyps aus. Dafür wird unter anderem folgendes Argument angebracht: „Zudem ist es das ausdrückliche Ziel der aufnahmelandorientierten politischen Partizipation, den Zugang zum Aufnahmeland für Nichtdeutsche zu verbessern“ (ebd., S. 54). Solche Kurzschlüsse ignorieren früher angeführte Befragungsergebnisse, dass Migrantinnen und Migranten sich in „deutschen“ Organisationen als nicht erwünscht fühlen oder sogar schon Diskriminierungserfahrungen gemacht haben (ebd., S. 50). Unerschüttert von diesen Befunden bleiben Diehl, Urban und Esser bei der Generalthese einer eher separatistischen Wirkung von Migrantenvereinen, so dass generell verweigert wird, Selbstorganisationen als legitimes Mittel der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten anzunehmen.

4 dabei werden monoethnische Gruppierungen umstandslos als „herkunftslandorientiert“ etikettiert

Genau dies ist Ausgangspunkt einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin aus dem Jahr 1998. Koopmans und Statham realisierten eine vergleichende Studie über „Collective Claims-making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany“ (1998, alle Übersetzungen S.J.), was ich mit kollektiv vorgebrachten Ansprüchen übersetzen möchte. Basis ihrer Untersuchung ist die Inhaltsanalyse von deutschen und britischen Tageszeitungen im Zeitraum von 1990 - 1995, wobei jeweils Qualitätszeitungen (der Guardian und die Frankfurter Rundschau) und Massenblätter (z.B. der Sun und die Bild-Zeitung) hinzugezogen wurden. Geprüft wurde, wer jeweils „Sprecher“ in bzw. Auslöser für Thematisierungen von Fragen der ethnischen Gleichstellung, von ausländerländerrelevanten Themen insgesamt und von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit war. Außerdem wurden thematische Schwerpunkte identifiziert. Um es vorweg zu schicken: Die Studie entwirft ein niederschmetterndes Bild der medien-öffentlichen Interventionsmacht von Migrantinnen und Migranten in der BRD.

In der bundesrepublikanischen (medien-)öffentlichen Debatte über Migration und interkulturelle Beziehungen spielen ethnische Minderheiten als Akteure eine völlig untergeordnete Rolle; nur 7% aller Presseberichte gehen auf Verlautbarungen oder Aktivitäten ihrer Organisationen (incl. Demonstrationen, gewaltsamen Protesten etc.) zurück. Die Bundesregierung bestimmt mit 14% und einzelne Bundestagsabgeordnete mit 13% in weit aus höherem Maße die Auseinandersetzung. Anders die Situation auf der Insel: Ethnische Minderheiten in Großbritannien zeichnen für 21% der gesamten veröffentlichten Äußerungen zum Thema Migration und ethnische Beziehungen verantwortlich, und zwar zu einem höheren Prozentsatz als die nationale Regierung (14%) oder Abgeordnete (13%) (S. 37/38). Und insgesamt sind diese Themen in der britischen Presse weit häufiger vertreten als in der deutschen.

Betrachtet man die Inhalte dieser Presseberichte, so sind die Differenzen zwischen deutschen und britischen Minderheiten noch auffälliger. „In Großbritannien fallen die meisten Äußerungen in die Kategorie ‚Minderheiten-Integrations-Politik‘, unter die wir Themen wie Integration und rechtliche und soziale Position der ansässigen Minderheiten fassen. Diese macht nur die geringste Zahl der deutschen Äußerungen aus (51% zu 6%) (S. 36). Darüber hinaus stellen Koopmans und Statham fest, „dass deutsche Minderheiten, wenn ihre Äußerungen Bezug nehmen auf ihre Position in der Bundesrepublik, dies in einer weitgehend defensiven Art geschieht“ und „aktive Forderungen nach einer Ausweitung der Migranten- und Minoritäten-Rechte nicht sehr häufig vorkommen – in starkem Kontrast zu Großbritannien“ (S. 36).

Tabelle 1 Hauptthemen der Ansprüche (Claims-Making) durch Migrantinnen und Migranten und ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, 1990-1995

Thema	BRD	GB
Migrationspolitik	1,5%	5,9%
Asylpolitik	15,7%	11,9%
Integrationspolitik	6,3%	50,8%
Anti-Rassismus/Xenophobie	32,1%	21,6%
Ethnische Konflikte	0,9%	3,8%
Politik der Herkunftsländer	41,5%	4,2%
Andere	2 %	1,8%
Gesamt	100 %	100 %
N =	757	236

Quelle: Koopmans and Statham 1998, S. 37

Ein weiteres markantes Merkmal kann man dieser Aufstellung entnehmen: Deutsche Minderheiten lassen sich mehr als zehn Mal häufiger bei Themen aus ihren Herkunftsländern als Auslöser wieder erkennen als ihre britischen Gegenüber (41,5% verglichen mit 4,2%) – dies geht zu hohem Maße auf Presseberichterstattung über kurdische Demonstrationen und andere Aktivitäten in der BRD zurück. Auch was die Adressaten ihrer Forderungen betrifft, richten sich die deutschen Vertreterinnen und Vertreter von Migranten wesentlich häufiger an die Regierungen der Herkunftsländer als britische Organisationen. Umgekehrt wenden sich britische ethnische Minderheiten weitaus häufiger an die nationale Regierung als deutsche Migrantenorganisationen (95% zu 73,3%) (S. 35).

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass in der Studie des Wissenschaftszentrums Berlin nur eine exklusive, in der überregionalen Tagespresse manifestierte Öffentlichkeit analysiert wird, andere, vor allem lokale Medien oder gar jenseits einer Medienöffentlichkeit sich herstellende zivilgesellschaftliche Interventionen von Migranten und ihren Organisationen nicht erfasst werden, so ist die Tendenz nicht von der Hand zu weisen. In der Bundesrepublik, so können wir zusammenfassen, werden Diskussionen weitgehend *über* Migrantinnen und Migranten geführt, nicht aber *von* ihnen. Dies wird unmittelbar sinnfällig, sieht man sich die Debatten um die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts und um die „Green Card“ an, die dem Thema Migration ungewöhnlich hohe und anhaltende Prominenz in der Presse verliehen haben. Die Stimme der Migrantinnen und Migranten war in diesen Kontexten kaum zu hören oder wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Koopmans und Statham interpretieren den frappierend divergierenden Stellenwert von Migranten-selbstorganisationen in der Öffentlichkeit Großbritanniens und der Bundesrepublik als eine Folge der jeweiligen Migrations- bzw. Staatsangehörigkeitspolitik: Während in der Bundesrepublik, die offiziell den Status als Einwanderungsland negiert, eine exkludierende Praxis die Folge ist, die Migrantinnen und Migranten wenig ermutigt, sich als politische Subjekte in der Aufnahmegesellschaft

zu verstehen und zu intervenieren, verfolgt die britische Politik ein inkludierendes Modell, das ethnisch-kulturelle Minderheiten als solche anerkennt und ihnen erlaubt, sich auf diese Weise zu identifizieren und kollektiv zu agieren. Diese Einschätzung wird durch eine Befragung von Migranten-selbstorganisationen durch Thränhardt/Dieregsweiler (in MASSKS 1999, S. 61) gestützt: Die Entscheidung für eine Orientierung auf Deutschland oder das Herkunftsland kann nicht nur als Ausdruck einer Lebensvorstellung der organisierten Migrantinnen und Migranten interpretiert werden, sondern wird auch von dem Empfinden geprägt, gerne aufgenommen zu werden oder unerwünscht zu sein.

Ohne diese Behinderungen zu ignorieren muss aber auch eingeräumt werden, dass selbst Migranten-selbstorganisationen, die mit ausdrücklichem Ziel der politischen Interessenvertretung angetreten sind, diesen Anspruch offensichtlich nicht genügend umsetzen können. Migrantenselbstorganisationen in der BRD gelingt es nach wie vor nicht, ihre Sichtweise in das entscheidende Forum symbolischer Auseinandersetzungen, die Medienöffentlichkeit, zu bringen. Am Beispiel erfolgreicher Protestbewegungen kann man studieren, wie durch (massive) Berichterstattung über bestimmte Problemfelder öffentlicher Druck besonders effektiv aufgebaut und die einmal erlangte Medienpublizität durch parallele Zugänge zu Entscheidungsträgern in konkrete Veränderungen umgemünzt werden kann (Friedrichs 1994).

Es deuten sich aber Veränderungen an, die vor allem mit dem Eintritt der jüngeren Generation von Migrantinnen und Migranten in das Vereinswesen zusammenhängen, einer Generation, die über bessere (Aus-)Bildung und gute deutsche Sprachkompetenz verfügt und sich in Kontakt mit Institutionen und Politik selbstverständlicher bewegen kann. Entscheidende Herausforderung für Migranten-selbstorganisationen wird künftig sein, diese Nachwuchskräfte zu binden und ihnen politische Gestaltungsaufgaben zu übertragen, um der eigenständigen Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten mehr Gewicht im Zuwanderungsland Bundesrepublik Deutschland zu verleihen.

Dringend notwendig ist außerdem die Professionalisierung der Vereinsarbeit, um Leistungen und Potenziale besser zur Geltung zu bringen. Dies erfordert nicht nur Anstrengungen der Selbstorganisationen, sondern auch Unterstützung seitens der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen. Internationale Erfahrungen zeigen, dass „fast noch wichtiger als die unmittelbare finanzielle Förderung der Gruppen selbst die Qualifizierung ihrer Mitglieder im Sinne einer spezifischen, angepassten Organisationsberatung ist“ – so sinngemäß der ehemalige Direktor der britischen Commission for Race Equality, Sukdev Sharma. Die Förderung einer Beratungsagentur für Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten durch das nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium ist in diesem Kontext ein richtungsweisender Schritt⁵. Er ergänzt die materielle und symbolische Anerkennung, wie sie in der Richtlinie zur Förderung der Arbeit dieser Organisationen in NRW zum Ausdruck kommt. Doch es könnte noch mehr getan werden. Etablierte Weiterbildungsträger sollten verstärkt zur Vereinsentwicklung beitragen – im Sinne der Qualifizierung des Ehrenamtes, von partizipativen und Selbsthilfestrukturen. Volkshochschulen und freie Träger der Weiterbildung könnten hier ein neues Handlungsfeld entdecken, das der oft marginalisierten und resonanzschwachen politischen Bildung einen neuen Anknüpfungspunkt bietet und zugleich eine Öffnung zu Migrantinnen und Migranten darstellt, die in Weiterbildungsinstitutionen bislang kaum repräsentiert sind.

5 Die „Fachberatung MigrantInnenselbsthilfe“ wird vom Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW getragen und ist in Bochum angesiedelt. Sie ist ausdrücklich nicht nur für Mitgliedsorganisationen zuständig.

In einem Pilotprojekt entwickelt und erprobt das Landeszentrum für Zuwanderung NRW (LzZ) zurzeit ein entsprechendes Curriculum. Der Weiterbildungs- und Beratungsbedarf von Migrantenselbstorganisationen war zuvor in einer wissenschaftlichen Begleitung geförderter Organisationen konkretisiert worden (MASSKS 1999, S. 135). Die Auswertung zeigte, dass die Qualifizierungswünsche sich stark auf formale Kompetenzen beziehen, die den existentiellen Erhalt und Ausbau der Organisation zu sichern versprechen: Wissen über Finanzierungsmöglichkeiten, Projektentwicklung, Antragstellung, Öffentlichkeitsarbeit, Budgetkalkulation und –überwachung, Vereinsrecht. Aber auch die Themen (politische) Lobbyarbeit, Erfahrungsaustausch und Vernetzung, Teilnehmerwerbung, Umgang mit Konflikten und pädagogische Fähigkeiten sind nachgefragt. Angesichts dieser eindeutigen Prioritätensetzung hinsichtlich des Weiterbildungsbedarfs stehen in der Qualifizierungsreihe des LzZ für Führungskräfte in Migrantenselbstorganisationen Fragen des Vereinsmanagements, der Organisationsentwicklung und der Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt. Dabei werden zwei Ziele verfolgt. Zum einen, systematisch Elemente der Organisationsentwicklung zu vermitteln und auf die Vereinssituation der Teilnehmer anzuwenden. Zweiter Eckpfeiler des Programms ist, in einem Train-the-Trainers-Programm Vermittlungskompetenz hervor zu bringen, die Teilnehmer als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auszubilden. Die teilnehmenden Migrantinnen und Migranten bilden ab Mitte des Jahres 2001 einen Pool von Weiterbildnern und Beraterinnen für die Qualifizierung von Vereinsarbeit.

Zu wünschen wäre, dass dieser sehr spezifische Beitrag zum „Jahr der Freiwilligen“ große Resonanz und Nachahmung findet. Impulse für den politischen und wissenschaftlichen Diskurs sollten künftig von Studien ausgehen, die die generalisierende Fragestellung „Integration versus Segregation“ überwinden. So wäre auf kommunaler Ebene nach Potenzial und Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements in Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten zu fragen. Präziser: Ob und mit welchen Strategien sie als politische Pressure-Group zum Abbau von sozialer und ökonomischer, sich ethnisch ausprägender Ungleichheit wirken können und welche Rolle dabei Interaktionsstrukturen mit und Unterstützung von Organisationen der Mehrheitsgesellschaft spielen.

Literatur:

- Diehl, Claudia/Urbahn, Julia/Esser, Hartmut: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1998
- Elwert, Georg: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1982, S. 717-731
- Esser, Hartmut: Ethnische Kolonien: 'Binnenintegration' oder gesellschaftliche Isolation? In: Hoffmann-Zlotnik, Jürgen H. P. (Hg.): Segregation oder Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim 1986, S. 106-117
- Fijalkowski, Jürgen/Gillmeister, Helmut: Ausländervereine – ein Forschungsbericht über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration von Zuwanderern in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins. Berlin 1997
- Friedrichs, Jürgen: Stresemannstraße. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests, in: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Sonderheft 34/1994 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Hg. von Friedhelm Neidhardt, S. 359 - 374

- Heckmann, Friedrich: Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hg.): Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil. Bonn 1998, S. 29-42
- Klee, Ernst (Hg.): Gastarbeiter. Analysen und Berichte. Frankfurt/M. 1972
- Koopmans, Ruud/ Statham, Paul: Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany. Berlin (WZB) 1998
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW (Hg.): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf 1999
- Puskeppeleit, Jürgen/Thränhardt, Dietrich: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und der Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland. Freiburg 1990

Dr. Sabine Jungk ist Leiterin des Bereichs Weiterbildung und Service im Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, E-Mail: jungk@lzz-nrw.de, Tel. 0212/2323930, Fax. 0212/2323918.

Zitierempfehlung:

- Jungk, Sabine: Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf,
in: Migration und ethnische Minderheiten, Informationszentrum Sozialwissenschaften/Landeszentrum für Zuwanderung NRW: Bonn 2001, H. 1, S. 7-15